

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.-, monatlich 1.-, ...

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 27. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Kampf um die Gefangenen.

Das Spiel, das Frankreich in der Gefangenenfrage treibt, ist ein nichtswürdiges. Es steht außer Zweifel, daß England gern bereit ist, die Gefangenen nach Hause zu schicken...

Es gibt keinen Grund irgendwelcher militärischer oder politischer Natur, der der endlichen Entlassung der Kriegsgefangenen im Wege stünde.

Der Kampf um die politische Macht in Frankreich.

Die Verhandlungen in der französischen Kammer werden nach allgemeiner Annahme zwei Wochen ausfallen. Man sieht ihrem Verlauf mit der größten Spannung entgegen...

Es handelt sich bei dieser Redebeiträge, wenn sie wirklich zum Ausbruch kommt, lediglich um eine persönliche Nachfrage. Der Hauptteil der Rede wird sich um die Wahl der nächsten Präsidenten drehen...

Das Ende der Werbungen.

Zur Durchführung der Verminderung des Deetzes auf Grund des Friedensvertrages sind künftighin Neuwerbungen und Neueinstellungen in die Reichswehr verboten.

Es empfiehlt sich daher nicht, zum Zwecke der Werbung noch kostspielige Reisen zu Werbestellen oder Truppenteilen zu unternehmen, da sie ohne Erfolg sein werden.

Zwiespalt in der internationalen Bergarbeiterschaft?

Der Brüsseler „Peuple“ schreibt: Der Sekretär des internationalen Bergarbeiterverbandes Thomas Ashton läßt zu einer internationalen Bergarbeiterkonferenz ein.

Paderewski gegen Deutschland.

Holländisch Neuwoudsbureau meldet aus Paris: Laut Mitteilungen aus Warschau bleibt die Lage in Oberschlesien sehr ernst.

Die „Revolute“ in Mitau.

Von einem früheren Angehörigen der baltischen Landwehr wird uns geschrieben:

Es war für den Kenner der Vorgänge im Baltikum von vornherein klar, daß die von der Entente verlangte sofortige Räumung Lettlands bei der Landwehr auf Schwierigkeiten stoßen würde.

Es soll nicht geleugnet werden, daß Hunderte von Angehörigen der baltischen Landwehr wirklich die Absicht haben, sich im Lande als Kaufleute, Handwerker oder Landwirte niederzulassen...

Es muß hier aber offen ausgesprochen werden, daß die Truppenführer, die Offiziere selber zum weitaus größten Teil ein Interesse daran haben, die Räumung Lettlands möglichst in die Länge zu ziehen.

Es ist begreiflich, daß das bequeme, sorglose Leben, das namentlich die Offiziere nach der Einnahme Rigas in Lettland, besonders auf den Gütern der Edellente führten...

Ob Graf von der Welz bei der Räumung Lettlands dieselbe Energie gezeigt hat, die er beispielsweise bei der Arbeiterschaft in Libau gegenüber zu Unrecht bewies, darf man wohl mit Recht bezweifeln.

Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß zahlreiche Beamte, die zu Hause ihre Gehälter beziehen, nach immer bei der Landwehr tätig oder untätig sind...

Daß alle diese Herren, die aus keinerlei ideellen Beweggründen Lettland abzulassen „wollen“, gerade nicht geeignet sind, das deutsche Ansehen in Lettland zu heben...

Der deutsche Außendienst.

I. Die Organisation.

Als die Versailler Verhandlungen sich ihrem Ende zuneigten, betrachtete die Zeitung Marghilomans, des Führers einer der konservativen rumänischen Parteien...

Eine ähnliche Gruppierung der Staaten legt Professor Ost, Breslau, einem Artikel „Der Aufbau des Außendienstes“ (Voss. Zig. vom 14. August) zugrunde.

Schon diese Formulierungen enthalten, wenn auch ungewollt, einen deutlichen Hinweis darauf, in welchem Maße der Sozialismus Veranlassung hat, sich mit den außenstaatlichen Interessen und im Zusammenhang damit auch mit der Vertretung des deutschen Volkes im Ausland zu beschäftigen.

Obst macht Vorschläge für die praktische Neugestaltung des deutschen Auslandsdienstes in organisatorischer wie in persönlicher Hinsicht. Für den organisatorischen Aufbau sieht er eine Verbindung des „systematischen“, des „fachlichen“ und des „regionalen“, dem Länderprinzip vor.

Im Ausland wird jede Vertretung des deutschen Volkes von einem Geschäftsträger geleitet, dem ebenfalls die entsprechenden zwei Spezialisten beigegeben sind. Der „Gesandte“ ist also durch ein Kollegium von Fachleuten ersetzt.

Diese sachliche Seite der Organisation wird ergänzt durch die „regionale“. Schon im Ausland nämlich arbeitet der Geschäftsträger, der Leiter der einzelnen Vertretung, die Berichte der Fachreferenten seines Landes zu einem einheitlichen Landesbericht zusammen...

Natürlich wird der Schriftverkehr durch Konferenzen der leitenden Persönlichkeiten, Fachkonferenzen usw. ergänzt. Dieser Organisationsentwurf, so umständlich und mancherlei Reibungsflächen darbietend er erscheint, würde wahrlich bei sinnemäßiger Anwendung alle notwendigen Garantien

bielen. Angesichts der unleugbaren Tatsache, daß das deutsche Volk zurzeit noch arm ist an überragenden Persönlichkeiten von sicherer politischer Intuition und an, zu selbstverständlichem Allgemeinbewußtsein der weitesten Kreise gewordener außenpolitischer Schulung und Tradition, an weltpolitischen Instinkten, wie Franzosen und Engländer aller Parteien und aller Stände sie haben, muß man sich vorläufig damit abfinden, durch einen um so sorgfältiger ausgebauten Apparat den Mangel zu ersetzen.

Einige der großen Vorzüge des von Obst vorgeschlagenen Typus, Heranbildung und stetes Heranziehen von umfassenden und vertieftem Spezialwissen und außerordentlichem reichem, stets verwendungsbereitem Material auf dem Gebiet der Auslandskunde, Spritzen in die Augen, sind aber nicht die einzigen. Dadurch, daß die Fachberichte der Spezialisten von den Geschäftsträgern (Besandten) in den einzelnen Ländern zwar zu einem Landesbericht zusammengearbeitet, gleichzeitig aber auch vollständig an die Zentralkommission weitergegeben werden müssen, ist der Willkür ein Niegel vorgelegt, mit der früher die leitenden, so gut wie ganz unkontrollierten Einzelpersönlichkeiten nur zu oft Hinweise, Mahnungen, Warnungen von Sach- und Landeskenntnis mit dem berückichtigten überlegenen Köcheln des süffisanten Besserwissens in der Berichterstattung verdrängten liegen — wie sehr zum Schaden des deutschen Volkes, weiß ja nachgerade auch der Vertrauensfiskus.

Vor allem aber ist es von grundlegender, gar nicht abzuschätzender Bedeutung für die deutsche Außenpolitik, daß sie endlich aus dem Verdacht des unzuverlässigen, Unberechenbaren, darum unläuter Wirkenden herauskommt und sich die Einschätzung als stetig, gleichmäßig, damit vertrauenswürdig verdient. Dazu kann ein System nur förderlich sein, bei dem die verschiedenen Instanzen und Organe des Außendienstes sich automatisch gegenseitig ergänzen, korrigieren und kontrollieren!

Der Gefahr eines noch langsameren und schleppenderen Geschäftsganges als bisher läßt sich schon durch eine intensivere, allseitige Ausnutzung der modernen technischen und organisatorischen Hilfsmittel vorbeugen.

Bei der großen Verschiedenheit der Voraussetzungen in den einzelnen Ländern wird sich Verschiedenheit der organisatorischen Ausgestaltung des Außendienstes in der Praxis von selbst ergeben. Deshalb schalten wir die Frage aus, ob die vorgeschlagene Zweiteilung der Dezernate mit ihren Einzelgebieten eine glückliche ist.

Indessen scheint Obst zu übersehen, daß das Deutsche Reich dem einzelnen Lande, in dem es sich durch seine Geschäftsträger vertreten läßt, nicht isoliert, nicht als absolute Größe gegenübersteht, sondern als relative. Die gegenseitigen Beziehungen werden aufs härteste beeinflusst auch durch die Beziehungen zu andern, besonders zu den kapitalistischen Ententeländern, deren Vernichtungswille sich mit Unterschrift des Friedens ja nicht erschöpft haben wird. Der „Friedensvertrag“ enthält Klauseln genug, die es ermöglichen, dem deutschen Volk so gut wie überall auf der Welt die Türen zu verschließen, der friedlichen Ausbreitung deutscher wirtschaftlicher Betätigung die Luft abzuschneiden, wo und wann immer das Interesse vor allem der kapitalistischen Kreise Frankreichs und Großbritanniens verlangt. Das deutsche Volk darf durchaus nicht vergessen, daß es nicht als gleichberechtigter, freier Wettbewerber auf dem Weltmarkt wieder erscheinen wird, sondern mit einem Strick am Fuß, der ihm eben genug Bewegungsfreiheit lassen wird, um für den Imperialismus der Entente zu arbeiten. Daß dieser, wo er zur Erdrosselung entschlossen ist, vor keinem Mittel zurückschreckt, könnte jedes Kind aus der blutigen Geschichte Frankreichs lernen, die in Deutschland viel bekannter werden muß.

Um so dringender notwendig ist es, keine Stelle unerkannt, unbenutzt und unbenuzt zu lassen, wo etwa die Maschinen des Netzes, in das das deutsche Volk verstrickt ist,

Anläufe zur Lockerung zeigen. Der deutsche Außendienst braucht unbedingt in jedem Lande ein Dezernat — es wäre wohl am besten, mit dem der Presse zu verbinden — für die internationalen Beziehungen dieses Landes.

Florence Williams.

Unabhängig - kommunistischer Wirwar.

Am 27. Juli wurde, wie feinerzeit gemeldet, eine „provisorische Zentralkommission der Zentralbetriebsräte“ mit dem Sitz in Halle gebildet, von der aus der „Aufbau des Räte systems“ vorgenommen werden sollte. Für den 22. und 23. August hatte diese „provisorische Zentralkommission“ nun die erste Reichskonferenz der Betriebsräte Deutschlands nach Halle einberufen, die sich vornehmlich mit dem Regierungsentwurf für die Betriebsräte und dem Entwurf beschäftigte, den die unabhängig-kommunistischen Betriebsräte an seine Stelle setzen wollten.

Die Konferenz hat aber kein positives Ergebnis erzielt. Nur geteilt wurde viel. Die verschiedenen Schattierungen der Unabhängigen und die Kommunisten gerieten sich in die Haare, verzeigten sich gegenseitig „ihre“ verschiedenen „Entwürfe“. Sie gingen von dem „Rede-Kongreß“ ohne eine befriedigende Tat nach Hause.

Vor Beginn der Verhandlungen wurde vom Verhandlungsleiter verlangt, daß diejenigen Teilnehmer, die nicht auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen, die Konferenz verlassen. Auf diese Weise wurden zwei Mehrheitsfraktionen, die Vertreter der Rumpfschwer-Kommission der Hamburger Werften, Logat und Peder, die in einwandfreier Weise von ihren Kollegen delegiert waren, an die frische Luft gesetzt. Man braucht eben nur „Delegierte“, die nach der Pfeife tanzen und jeden Unfug mitmachen, wenn er nur das Ausschlagende „revolutionär“ trägt.

Der Verhandlungsleiter Roenen referierte zuerst über den „Kampf um die Betriebsräte“. Er ließ zwar an dem Regierungsentwurf keinen guten Haften, betonte aber doch, daß in der Rationalversammlung an dem Gesetz mitgearbeitet werden mußte und daß bei den ferneren Beratungen Verbesserungsvorschläge gemacht werden sollten. Trotzdem mühten im Lande die „revolutionären“ Forderungen der Betriebsräte energisch propagiert werden, damit durch eine große Massenaktion die Rationalversammlung und Regierung beeinflusst werden. Bleibt aber die Massenaktion aus, so ist es möglich, daß die Rationalversammlung den Regierungsentwurf noch verschlechtert. Beschlüsse können nach Roenen jetzt noch nicht gefaßt werden, da man nicht wissen könne, wie die Sache geht und was die Zukunft bringt. In einer Kraftprobe könne man nicht scheitern, denn das deutsche Proletariat sei an und für sich nicht revolutionär. Die Frage der Betriebsräte sei aber eine gute Gelegenheit, auf die Massen im revolutionären Sinne zu wirken.

Ein Diskussionsredner glaubte nicht, daß man jetzt die deutschen Arbeiter um „große Ziele“ willen zum streiken bekommen. Das einzige wäre, daß man sie für die wirtschaftlichen Betriebsräte aus den Betrieben bringe, und selbst das wäre noch recht zweifelhaft.

Däumig, Berlin wandte sich scharf gegen Roenen, weil dieser mit dem Regierungsentwurf, der statt abgelehnt werden müsse, kompromittieren wolle. Däumig forderte, nach dem Vorbild des Berliner Rumpfschwergrates sofort eigene Betriebsräte zu schaffen, um dadurch die Regierung und die Rationalversammlung vor vollendete Tatsachen zu stellen. Er forderte die anderen Orte auf, dem Berliner Beispiel zu folgen, um auf diese Weise die Wirtschaft zu „revolutionisieren“. Däumig schlägt schließlich „Richtlinien zum Aufbau des Räte systems“ vor, die von denen Roenens abwichen.

Kurt Geher, Leipzig wendet sich wiederum gegen Däumig. Er will eventuell durch Generalkreistag zur gegebenen Zeit die Durchführung der Räte diktatur erwirken.

Röhrling, Essen und Kanowitz, Stuttgart bringen, um die Unklarheit über die Betriebsräte in den radikalen Kreisen zu illustrieren, noch andere Betriebsrats-Entwürfe, die sich von den vorliegenden wesentlich unterscheiden.

Dr. v. Kneissel verlangt die Schaffung einer Zentrale, von der aus die ganze Bewegung zu leiten und zu fördern ist. In Zukunft darf nach ihm die Kraft nicht mehr in Teilströme und Parteien verzerren, sondern es muß einheitlich im ganzen Reich eine Aktion unternommen werden.

Richard Müller, Berlin fordert die unbedingte Diktatur des Proletariats und wendet sich scharf gegen die Mitarbeit der Unabhängigen in der Rationalversammlung.

Schließlich arbeitete eine dafür eingesetzte Kommission einen Entwurf für den wirtschaftlichen Aufbau der Betriebsräte aus, der zur Kenntnis genommen wird. Eine Abstimmung über den Entwurf, der sich im wesentlichen mit dem der Berliner Rätebauverder deckt, wird nicht vorgenommen. Die Regelung des politischen Räte systems soll einer späteren Konferenz überlassen bleiben.

Danach referierte der Offener Kommunist Röhrling über „Gewerkschaften und Betriebsräte“. Er verlangte unbedingte Vertretung der Gewerkschaften und Ersetzung der Gewerkschaften durch die Betriebsräte. Richard Müller als Korreferent ist anderer Ansicht. Er will die Gewerkschaften bestehen lassen, sie nur „revolutionär“ umgestalten, nach ihm soll das Räte system mit den Gewerkschaften verbunden werden. In die Referate schloß sich ein recht heftige Debatte, in der sowohl Röhrling als auch Geher, wie Reber zu Worte kamen. Däumig prophezeite einen Klärungskongreß, der sich in Kürze bei den Unabhängigen um der Gewerkschaften willen vollziehen werde.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Auch die Gewerkschaftsfrage soll dem nächsten Kongreß vorgelegt werden.

Den Schluß der Tagung bildete eine Aussprache über die „Organisationsform“ der „Zentralbetriebsräte“. Vorläufig wurde eine Zentralkommission von 16 Vertretern eingesetzt, deren vorläufiger Sitz Halle bleibt. Außerdem wird noch beschlossen, eine Zentralkommission in Leipzig einzurichten. Der Leiter dieser Stelle wird der als Arbeiterdelegierter anwesende Dr. Kurt Geher. Der unabhängige Abgeordnete Braß und einige Kommunisten wandten sich erfolglos gegen diese Einrichtung, die sie als Meinungsfabrik für die Unabhängigen bezeichneten. Die nicht unwichtige Frage der Finanzierung der neuen „Organisation“ soll ebenfalls auf der nächsten Konferenz geregelt werden. Das revolutionäre Element der Arbeitlosen hofft man, wie zum Schluß gesagt wurde, zum „Aufbau des Räte systems“ sehr gut gebrauchen zu können.

Die auf diese Tagung gesetzten Hoffnungen der „Revolutionäre“ haben sich wieder mal nicht erfüllt. Man möchte gern und kann doch nicht. Die Rabatler merken so langsam ihre Felle fortzuschwimmen, sie hören es und sprechen es, wenn sie unter sich sind, auch aus, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht „revolutionär“ genug ist und daß sie mit irgendwelchen Aktionen hereinsinken würden. Darum verschieben sie die „Aktion“ auf den Rimmerleinstag und reden sich warm, damit sie doch tun, wie wenn sie was täten.

Die Arbeiterschaft wird schließlich recht bald über diese Konfusionsräte zur Tagesordnung übergehen und sich freie Bahn schaffen zum wirklichen Aufstieg.

Der Streik in Spanien.

Die spanische Streikbewegung hat von der Textilindustrie auch auf die Textilindustrie übergegriffen. Sehr erbittert hat die Forderung der Arbeiterverbände in Barcelona, die die Anerkennung der Arbeiterverbände verweigern.

Eine Erklärung der Unabhängigen verlangt sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Verhältnisse. Auch der Streik der Seelenzieher bedingt sich bedenklich aus. Die Streikenden verlangen Lohnsteigerung und Entlassung aller nichtorganisierten Seeleute. Vertreter der Koedertverbände wurden am Sonntag dem Arbeitsminister empfangen. Sie erklärten sich zu teilweiser Jugendämtern bereit. Die Regierung wird heute dem Ministerrat ihre Reformpläne unterbreiten.

Wollwolle für Deutschland. Zurzeit werden aus den Baseler Lagerhäusern bedeutende Quantitäten Wollwolle, die feinerzeit für Rechnung deutscher Kaufleute angekauft wurden, nach Deutschland abtransportiert.

Die Volksbühne in Berlin.

Sie hat ihr Wesen vom Zweck, dem sie dient, aus ihm leitet sie ihre Bedeutung und ihre Geschichte ab. In Deutschland, vom Ausland erst gar nicht zu reden, ist sie das einzige Institut solcher Art und hat nichts ihresgleichen. Denn alles, was später kam, hat von ihr Anteil und Begleitung empfangen. Daß die Idee zu ihrer Gründung gerade im Jahre 1890 gefaßt, aber nun auch in die Tat umgesetzt wurde, ist kein Zufall. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes öffnete alle Tore ins Zukunftsland sozialistischer Reformen. Mit dem Entstehen des ersten modernen deutschen Dramas war nicht bloß die Möglichkeit, nein auch die Notwendigkeit einer Organisation des Publikums, das ist eben die Volksbühne, gegeben. Die ihrer Entwicklung vom Herrschaftswort auf Schritt und Tritt begeleitete Bewegung würden einer rein bürgerlichen Gründung — falls sie überhaupt denkbar gewesen — sofort den Todesstoß versetzt haben. Aber Idee und Gründung hatten ja ihren Ursprung von der Arbeiterklasse hergenommen. Das gab schon Gewähr, daß die Volksbühne, einmal ins Dasein gerufen, ihre Lebensfähigkeit erweisen und, mühte es sein, mit allerhöchster Euphorie erkämpfen würde. Hieron ist ihre Geschichte voll; und diese Geschichte ist recht eigentlich ein Stück wirtschaftlicher und geistiger Arbeiterbewegung. Aus diesem Gesichtswinkel heraus wird die Geschichte der Berliner Volksbühne einst geschrieben werden.

Als zur Stunde ist das nicht der Fall. Die im Auftrag ihres Verbandes jetzt von Julius Bab herausgebrachte Schrift über „Wesen und Weg der Berliner Volksbühnenbewegung“ (bei Ernst Wasmuth hier, Preis 5 M.) kann nur als Ehrlich gelten. Das schöne, mit guten Abbildungen gestreift in Querschnitt ist zusammengesetzt aus Beiträgen einzelner derer, die in der älteren Freien Volksbühne (Conrad Schmidt) oder in der Neuen Freien Volksbühne (Julius Bab, Max Osborn, Leo Reizenberg und Max Dery) von Beginn an oder doch eine gute Wegstrecke als literarisch-künstlerische Leiter und Berater gewirkt haben. Solche Arbeitsleistung kann ihre Vorteile haben. Eine weniger akademisch gehaltene Darstellung wäre allerdings vorzuziehen gewesen. Doch erfreulich ist es, daß die bei diesen Einzelbeiträgen Beteiligten alle in ein Ziel ausmünden. Was mit soviel persönlicher Einordnung und liebevoller Sachlichkeit geboten wurde, heißt dankbare Entgegennahme. Die Monographie „Die Volksbühne in Berlin“, deren Anschauungswert noch durch künstlerische Abbildungen des Theaters am Palastplatz in seiner äußeren Monumentalität wie in der inneren Struktur gehoben wird, bildet eine neuartige, bislang beispiellose Erscheinung in der Theaterliteratur. Sie kann gerade jetzt, wo sich überall eine

stärkere Beteiligung des Volkes am Theater geltend macht, anregend und wegweisend wirken. Den alten Mitgliedern aber wird sie eine schöne Erinnerungsgabe sein.

Ernst Krowatzi.

Deutschlands Kohlenvorrat.

Am 5. Bande seiner „Maemeynen Geologie“, der kürzlich in 8. Auflage erschienen ist, fand der im September 1917 als Opfer des Weltkriegs im Bosnien bei Aleppo verlorene Dresdener Geologe Prof. Fritz Kretsch. Das 19. Jahrhundert mühte sich das Zeitalter der Steinkohle genannt werden, wollte man für die fähigste Kulturentwicklung des Menschensechlechts eine Bezeichnung wählen, die den Römern Stein- und Bronzezeit ähnlich ist. In diesen Tagen der Kohlenkrise sind jedoch Vorstellungen über Kohlenförderung und Kohlenvorrat in den westlichen Kohlenländern und besonders in Deutschland von besonderem Interesse. Im Jahre 1911 förderten die Vereinigten Staaten von Nordamerika an Steinkohlen rund 400 Millionen Tonnen (schätzungsweise Braunkohlen), Großbritannien rund 276, Deutschland rund 160, Frankreich rund 88, Belgien rund 28 und Österreich-Ungarn rund 13 Millionen Tonnen. Seit 1902 hatte sich die Förderung in England von 290 auf 200, in Deutschland nur von 150 auf 100 Millionen erhöht, d. h. England acht mit seinem Kohlenvorrat weit verlässlicher als Deutschland um, wozu noch kommt, daß die neue Art des Abbaues der Kohlen in Deutschland sehr viel geringere Verluste, eine viel ausgiebigere Verwertung und eine außerordentliche Erhöhung der Abbaueistung mit sich bringt.

Von unsere Kohlengebieten reichen nach Kretsch die Vorkäte des Königreichs Sachsen kaum mehr für ein Jahrhundert, doch sollen jetzt neue Kohlenlager erschlossen sein. Das niederschlesische Kohlenbecken enthält noch eine Milliarde Tonnen, kann also mindestens 150 Jahre reichen. Die Kohlereise an der Saar und in Westfalen sowie das Saarländer Kohlenfeld haben zusammen bis zur Tiefe von 1500 Meter etwa soviel Kohlen wie England. Freilich unsere größten Kohlenlager sind in Oberschlesien, das durch den Friedensvertrag auch gefährdet ist. Die Zahl der hier übereinander gebauten Kohlenflöze ist größer als in jedem anderen Steinkohlegebiet der Erde. Die Schichtstärken erreichen im Durchschnitt 10—12 und örtlich 16—18 Meter Mächtigkeit reiner Steinkohle. Schon das westfälische Kohlenbecken liefert Kohlen wie England. Kräftig unsere größten Kohlen-543 Jahre und bis zur völligen Erschöpfung für mehr als ein Jahrhundert. In England schätzt die Schätzung des Kohlenvorrats zwischen 86½ und 100 Milliarden Tonnen. Nehmen wir eine Steigerung bis zu 300 Milliarden und einen Kohlenvorrat von 100 Milliarden an, so würde England nur noch für 330 Jahre Kohlen haben. Amerika wird infolge der Verwendung und des Raubbaus bei der Förderung der Kohlen trotz seiner riesigen Vorkäte im Jahre 2015 oder 2027 erschöpft sein.

1813—1910, in wenig mehr als 100 Jahren, hat sich das Gesicht Europas ganz verändert; auch die tiefsten Schichten über die Kohlenvorkäte geben bei den kleineren Feldern nicht unter ein Jahrhundert herab, nur Raubbau kann frühere Erschöpfung möglich machen, und bei all diesen Berechnungen sind technische Verbesserun-

gen, die die in der Kohle aufgeschickerte Kraft auf rationellere Weise verwenden können, nicht in Rechnung gestellt; das Zeitalter der Steinkohle eilt also, wie Kretsch betont, noch lange nicht seinem Ende zu.

Der Kampf um die Fahne.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ erzählt von einem Kampf um eine Fahne, der für die Verhältnisse im ehemaligen Deutsch-Österreich bezeichnend ist:

Die rot-weiß-rote Fahne, die auf der Santner Spitze in den Dolomiten drei Wochen hindurch geweht hat, ist endlich heruntergeholt worden. Ein Passanter Bergführer hat den Italienern diesen Versuch getan, hat die Spitze erklettert und die Fahne, die bei den gegenwärtigen Nachhabern von Söldnern so unangenehme und peinliche Empfindungen auslöste, beseitigt. Sein Honorar betrug 1000 Lire. Diese 1000 Lire waren weit wirksamer als das Raschenschneidfeuer, das die Italiener von dem Schlenker aus gegen die Fahne gerichtet hatten. Drei Wochen hindurch hatte der Kampf gegen die rot-weiß-rote Fahne auf der Santner Spitze gedauert und den Italienern ebenlo wenig Erfolg eingetragen wie manche andere Aktion im Weltkrieg. Als sie darauf verzichteten mühten, die Fahne durch eigene Kraft herunterzulassen, ersahen ein Soldat, das von den unbekannten Apinischen, welche die Fahne gelüftet hatten, verlangte, sie sollten sie selbst wieder herunterholen. Die aber zogen es aus begrifflichen Gründen vor, auf die italienischen Wünsche nicht näher einzugehen und ihre Infanterie zu bewahren. Wohl aber gelangten an die italienischen Behörden anonyme Denunziationen, welche Namen und Adressen der Schuldigen den Italienern verrieten. Als jedoch die Carabinieri sich in die angegebenen Wohnungen begaben, erfuhren sie zu ihrer unliebsten Überraschung, daß der eine Wohnungsinhaber blind, der andere lahm sei, woraus die italienischen Nachhaber nicht mit Unrecht schließen, daß es sich augenscheinlich um eine Verleumdungshandlung handele. Nun ist die arme Fahne, die dem Raschenschneidfeuer trotzte, der Macht des italienischen Geldes zum Opfer gefallen.

Notizen.

Theater. Im Schiller-Theater Charlottenburg wird am Donnerstag als Eröffnungsvorstellung Hofmanns Lustspiel „Der Hund der Jugend“ aufgeführt. — Die Vereinigten Bühnen beginnen die neue Spielzeit am 1. September im Kleinen Theater mit der Wiederaufnahme des Lustspiels „Kummelblättchen“. Als erste Neuinszenierung folgt Hermann Kessers Tragikomödie „Summa Summarum“. Das Kleine Schauspielhaus wird Mitte September mit „Straß“ von Darry Sahn eröffnet.

Gewerbebau in München. Für das Jahr 1922 wird eine deutsche Gewerbebau in München geplant, zu der Deutsche aller Länder Zutritt haben sollen. Es sollen nur geübene und künstlerisch veredelte Erzeugnisse des Handwerks und der Industrie zugelassen werden.

Keine Lebensmittel an Rumänen.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Wirtschaftsrat hat die Lieferung von Nahrungsmitteln, Waffen und Kriegsmaterial an Rumänien vorübergehend untersagt, da Rumänien die Wünsche der Entente bezüglich der Verschleppung verschiedener Mengen Waffen aus Ungarn nicht erfüllt hat.

Die Zustände in Polen.

Wir brachten vor einigen Wochen Berichte über die außerordentlich schlechte Lage der Arbeiter in polnischen Polen; wir sind jetzt in der Lage, unsere Mitteilungen dahingehend zu ergänzen, daß das gesamte wirtschaftliche Leben in Polen schwierig ist. Uns wird geschrieben:

Von den Warschauer Behörden sind die Getreidehöchstpreise für das diesjährige Getreide für Roggen von 15 auf 25 R., für Weizen von 18 auf 30 R. für 50 Hektol. erhöht worden. Diese gewaltige Erhöhung, die angesichts der außerordentlich günstigen Ernte noch weniger verstanden wird, haben sowohl Behörden wie Privats lebhaft erregt. Eine Deputation soll bereits nach Warschau abgereist sein, um an den zuständigen Stellen wegen Herabsetzung der Sätze vorstellig zu werden. Selbst in landwirtschaftlichen Produktionskreisen ist man der abnormen Erhöhung, die eine starke Preissteigerung zur Folge haben müßte, abhold.

Eine andere Mitteilung zeigt, mit welchen draconischen Strafen die polnischen Militärdiktatoren lächerliche „Vergehen“ ahnden. Wir erfahren:

30 000 R. Strafe hat die Stadt Czarnikau und 10 000 R. Strafe die Gemeinde Kuszarnie an die Kreiskommandantur zu zahlen, weil militärische Telephonleitungen durchschnitten und in der Richtung Kuszarnie Lichtsignale bemerkt worden sind. Weitere härtere Maßnahmen stehen bevor.

Das ist der richtige Weg, eine Irredenta zu schaffen. Da die Stadt Czarnikau zu drei Vierteln polnisch ist, gibt die Strafe auch den „befreiten“ Polen Gelegenheit, über ihre „Vesreier“ ernsthaft nachzudenken.

Die Furcht vor der Irredenta.

Italien ist das Ententeland, das schon mehrmals in letzter Zeit bewies, daß in ihm die nüchternste Vernunft die Oberhand zu bekommen scheint. Es bemüht sich, den durch den Friedensvertrag italienisch gewordenen Fremdbürgern die Zugehörigkeit zu Italien möglichst leicht zu machen. So will es nach der folgenden Meldung Söldner Autonomie gewähren:

Laut „Wittagepost“ soll Söldner volle Autonomie erhalten. Es wird ein eigener Landtag errichtet werden. Italien soll das Einspruchsrecht eingeräumt werden. Der italienische Gouverneur würde das Votum gegen die Landtagsbeschlüsse haben, die mit den Interessen Italiens nicht im Einklang stehen.

Diese Meldung gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß auch die italienische Presse die um ihr Deutschum besorgten Tiroler zu beruhigen sucht. L. U. meldet hierüber:

Äußerungen der benedictinischen Presse ist zu entnehmen, daß die italienische Regierung das Fortbestehen der deutschen Schulen im Ober-Tirol verbietet, aber überall dort, wo sich eine erhebliche Anzahl italienisch sprechender Kinder befindet, italienische Schulen errichtet werden. Den Kindern mit deutscher Muttersprache soll die Erlernung der italienischen Sprache erleichtert werden. Solange diese Äußerungen die Absicht der möglichen Schritte wiedergeben, braucht also die deutsche Minderheit in Söldner keine Verletzung ihrer sprachlichen Rechte zu befürchten.

Wenn die Hoffnungen der meisten Tiroler trotzdem auf einen Anschluss an die Schweiz hinauslaufen, so ist es zu verstehen, sie sind eben deutschen, nicht italienischen Stammes. Sicher sind auch die letzten deutsch-italienischer Kundgebungen mit Grund der italienischen Deutschfreundlichkeit.

Feindschaft oder Freundschaft?

Zwei französische Pressestimmen.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ formuliert das von Frankreich gegenüber Deutschland zu befolgende Programm folgendermaßen:

Bei der mühevollen Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Kraft und seiner angestrebten Festigung des demokratischen Regimes muß Deutschland sehen, daß wir uns mit ihm beschäftigen. Gleichwohl dies nicht, dann wird sich sein Wiederaufbau langsamer, aber in feindlichem Geiste vollziehen, wobei wir nichts zu gewinnen haben. Wir müssen unsere moralische und wirtschaftliche Unterstützung jeder Regierung leisten, die festen Willen zeigt, die Maßnahmen der militärischen Revanchepartei zu ersticken und die Frankreich zu leistende Wiedergutmachung an die Spitze ihres Programms zu legen.

Erheblich mißtrauischer ist der „Matin“, der schreibt: Frankreich müsse die Entwicklung in Deutschland aufs genaueste verfolgen. Das müsse eine der Hauptaufgaben der französischen Diplomatie sein, denn zu jeder Zeit müßten sich Franzosen untereinander sagen: „Sage mir, wie es in Deutschland steht, und ich will dir sagen, was uns erwartet.“ Deutschland sei im Begriff, politisch, wirtschaftlich und militärisch eine Einheit zu werden. Politisch sei dies in der Verfassung klar ausgesprochen, und wirtschaftlich habe Erzberger durch seine Finanzprojekte den Grundstein hierzu gelegt. Auch militärisch schied sich Koste an, die Einheit zu erzielen. Er sei nach München gereist, um auch die Leitung der bayerischen Armee zu übernehmen. Das Blatt sagt, wenn Italien und England sofort nach Ratifizierung des Friedensvertrages Vorschläge nach Berlin entsenden, müsse Frankreich selbstverständlich dem Beispiel seiner Alliierten folgen. Es müsse der richtige Mann nach Berlin geschickt werden, der die erforderlichen Kredite und Männer zur Verfügung habe, um festzustellen, was Deutschland auf allen Gebieten unternehme.

Verhaftung eines Münchener Kommunisten.

Wie bereits kurz gemeldet, ist in Berlin ein von der Münchener Staatsanwaltschaft wegen Hochverrats gesuchter Kommunistenführer namens Richard verhaftet worden. Wir erfahren dazu:

Richard befindet sich bereits seit mehreren Tagen in Haft. Bei der Aufhebung des unabhängigen-kommunistischen Volkskongress in den letzten wurde ein Mann festgenommen, der Ausweispapier auf den Namen Ludwig Greiner aus München hatte. Da die Ausweise offenbar nicht in Ordnung waren und Greiner auch nicht zum Berliner Volkskongress gehörte, wurde er festgenommen. Es hat sich nun herausgestellt, daß Greiner mit dem von der Münchener Staatsanwaltschaft wegen Hochverrats gesuchten Richard identisch ist. Richard war während der Münchener Räteversammlung bei einer von den Kommunisten eingerichteten Militärkette und hat sich Verfassungen nicht nur politischer Natur zu schulden kommen lassen. Bei seiner Vernehmung gab er zu, Richard zu heißen und erklärte auch, daß er von der Münchener Staatsanwaltschaft gesucht werde. Richard ist deshalb der Berliner Staatsanwaltschaft übergeben worden. (B. S.)

Neue russische Zahlungsmittel.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Aus Kopenhagen wird gemeldet:

Die neue Regierung von Nordwestrussland ist in Stockholm neue Scheine im Gesamtwert von 350 Millionen Rubel drucken, die an Stelle der unter Rodzianko und Raszkow Namen ausgegebenen Interimsscheine treten sollen. England soll einen Kurs von 40 Rubel für ein Pfund Sterling garantiert haben. Die Scheine, die den Namen Jubenitsch und Kianow tragen, sollen als obligatorisches Zahlungsmittel auf russischen Boden gelten und drei Monate nach der Einnahme Petersburgs außer Kurs gesetzt werden.

Immer noch Krisis in Budapest.

Der bisherige Ministerpräsident Friedrich weicht vom Platte und erklärt, daß er auch nicht davor zurückschreckt, einen zweiten Staatsstreik durchzuführen, weil er das Vertrauen des Landes habe. Fortgesetzt empfängt Friedrich Deputationen, welche ihn auf fordern, im Amte zu verbleiben. Seitens der Sozialdemokraten wird den Bestrebungen Friedrichs der größte Widerstand entgegen gesetzt und erklärt, daß die Behauptung des Ministerpräsidenten Friedrich, daß er eine Einladung Clemenceaus zur Konferenz in Paris erhalten habe, eine Fiktion sei. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich zwei Regierungen bilden. Die Entente wird aufgefordert, einen Staatsrat zu ernennen, der die Leitung der Geschäfte zu übernehmen hätte.

Industrie und Handel.

Börse.

An der Börse machte die feste Tendenz im Zusammenhang mit dem Falllassen des Planes der Notenabstempelung weitere Fortschritte. Das Geschäft war aber still. Gute Meinung zeigte sich in erster Reihe für Schiffahrtaktien, die mäßig angogen. Auch Kolonialwerte waren nach schwachem Beginn begehrt und fest. Konstantpapier verlor dagegen ungesähr auf letzten Stand. Höher bewertet wurden Anilinfabriken, in erster Reihe Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation. Auch für Rappapapier bestand ziemlich gute Meinung. Petroleumaktien waren im allgemeinen wenig verändert. Von Valutapapieren waren nur Kanada befragt. Heimische Anleihen waren meistens erholt. Kriegsanleihen stellten sich auf 7 1/2 Prozent.

Groß-Berlin

Parteifunktionäre,

Betriebsvertrauensleute, Arbeiterratmitglieder.

Morgen, Donnerstag, abends pünktlich 7 Uhr, Versammlung der Betriebsvertrauensleute, Parteifunktionäre und Arbeiterratmitglieder der S. P. D. im „Deutschen Hof“, Ludow. Str. 15. Vortrag des Genossen Abramowicz über: „Der Volkswidmum in England.“ Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Einwirkung der Kohlenkrise auf die Großbetriebe.

Durch die Ausfälle in den schließlichen Kohlengruben ist die Gefahr der Betriebsstilllegungen in den Berliner Großbetrieben in unmittelbare Nähe gerückt. Es ist damit zu rechnen, daß bereits in den nächsten Tagen eine Anzahl sehr großer Firmen ihre Betriebe infolge Kohlenmangels stilllegen muß. Da diese Maßnahme von schwerwiegenden Folgen begleitet sein dürfte, finden augenblicklich Beratungen darüber statt, auf welche Weise man dem drohenden Betriebsstillstand entgegenzutreten kann.

Die Firma Ludwig Mue, die in Berlin und Wittenau mehrere Tausend Arbeiter beschäftigt, hat sich genommen gesehen, bekanntzugeben, daß infolge des Stotens der Kohlenaufahren vorläufig nur noch an drei Tagen der Woche gearbeitet werden kann. In der letzten Woche erst ist der Firma ein Kohn mit Steinkohlen von der Kohlenstelle Groß-Berlin beschlagnahmt worden, da das Gaswerk Wittenau, um weiter arbeiten zu können, der Ladung sofort bedurte. Auch bei den A.G. Betrieben ist die Lage nicht viel besser. Die Werke haben augenblicklich eine Kommission nach Oberschlesien geschickt, um verlässliche Nachrichten über die Lage in den dortigen Kohlenrevieren zu erhalten. Sollte sich die Förderung dort bald bessern und keine Störung im Transportwesen eintreten, hofft die A.G. mit den Vorräten, die sie noch besitzt, über die Krisis hinwegzukommen. Ähnliche Nachrichten liegen auch aus anderen Betrieben vor. Der Regierung ist bereits ein Bericht über die Lage und die Bitte um sofortige Maßnahmen überliefert worden.

Wie weiter mitgeteilt wird, erstrebt man in der Berliner Industrie den Anschluss der Werke an das Zentral-Kraftwerk Wittenau-Gesellschaft. Die dortigen Kraftwerke, die durch ihre nur wenige Kilometer von der Zentrale gelegenen riesigen Braunkohlengruben und -felder unabhängig von der Steinkohlenversorgung sind, sollen nicht nur die städtischen Elektrizitätswerke, deren Versorgung schon jetzt der Kohlenkrise Kopfzerbrechen macht, entlasten, sie sollen auch den vor allen Dingen von der Industrie benötigten Strom liefern. Die Frage ist allerdings nicht ganz einfach zu lösen, da Wittenau, das schon heute enorme Energiemengen an Mitteldeutschland abgibt, durch die Versorgung der Wittenauwerke vor eine Aufgabe gestellt wird, deren Lösung in der kurzen Zeit, bis zum Einbruch des Winters, kaum durchführbar erscheint.

Zu den Schöffentwahlen.

Der Kreisaußsich Niederbarnim hat in seiner heutigen Sitzung mit Stimmenmehrheit beschlossen, daß bei den am 4. September vorgzunehmenden Wahlen der Gemeindeführer aus die-jentigen Schöffen neu zu wählen sind, die zuvor nicht befehlet, aber deren Dienstaufwandentschädigung eine solche hohe ist, daß sie einer Befolgung gleich zu werten ist. Da jedoch keine Einmütigkeit besteht, soll die Entscheidung des Regierungspräsidenten herbeigeführt werden. Es müßte also, wenn bis zum Wahltag diese Entscheidung nicht erfolgt, nach obigem Beschluß des Kreisaußsiches verfahren werden.

Auch empfahl es sich, die Remission der Kommissionen nicht am gleichen Tage vorzunehmen, da den ausgewählten Gemeindevorstandmitgliedern das Wahlrecht hierzu erst nach ihrer Befähigung zustünde und sie somit vorher ihres Stimmrechts verlustig gäben.

Der „Völkerverbund“ in der Schule, Unterrichtsminister Soenic hat an die Schulbehörden folgenden Erlaß gerichtet: „Die Völkerverbund hat sich bereitgefunden, durch namhafte Festreden in den Schulen bedeutende Vorträge und Vorträge, die dem Völkerverbund danken dienen können, zum Vortrag zu bringen. Ich erlaube das Provinzialschulkollegium oder die Regierung, die Leiter der Schulen unter Hinweis auf die Wichtigkeit und den Wert der Verbreitung völkervereinender Gedanken in den Schulen anzuweisen, den Anträgen der Völkerverbund vorzutragen. Vorträge in den Schulen kann den Schulräumen weitestgehend entgegenzunehmen und auf gegen Besuch der Veranstaltungen durch die Schüler hinzuwirken.“

Der Fall des Oberleutnants v. Plaskow. Um den eigenartigen Tod des Oberleutnants aufzuklären, wurde gestern vormittag der Leiter des Berliner Instituts für Sexualwissenschaft, Sanitätsrat

Dr. Magnus Hirschfeld, in Potsdam vernommen. Auf Grund des gefassten ihm vorgelegten Materials gab der Sachverständige sein Urteil dahin ab, daß weder ein Mord, noch ein hochverrätherischer Selbstmord, sondern ein sexueller Unfall vorliegt. Der Unfall, daß der Verstorbenen lange Damenklamänsche trug, sowie ein engergeschürtes langes Damenrockchen mit Sicherheit den Schluß ziehen, daß bei ihm eine eigentümliche geschlechtliche Veranlagung, nämlich, die seinen Körper einzuschließen und einzupressen, bestanden hat, ein Zustand, der in das Gebiet des mit transvestitischen Neigungen gepaarten Masochismus fällt. Solche Veranlagungen haben nicht selten die Neigung, aus anderweitige Einwirkungen und Umschürungen an sich vorzunehmen, namentlich der Arme und Beine und auch des Halses. Daraus, daß Fenster und Türen des Raumes, in dem der Leiche sich befand, von innen verschlossen waren, geht hervor, daß, als v. Plaskow verstarb, kein Fremder im Zimmer weilte. Auch die Tatsache, daß nichts geraubt und außer dem Bett des Verstorbenen nichts in Unordnung war, unterstützt diese Annahme. Auf dem Nachhause v. Plaskow lag ein geladener Revolver, den der Verstorbene höchst wahrscheinlich benutzt haben würde, falls er seinen Leiden ein Ende machen wollte. Von dem Revolver v. Plaskow wird befunden, daß der Oberleutnant wiederholt, mit Damenrockchen und Damenklamänschen angetan, im Bett schlafend von ihm gefunden wurde. Auch mehrere beschlagnahmte Photographien, welche den Verstorbenen mit merkwürdigen, turbanartigen Umwicklungen des Kopfes zeigen, sind beigezeichnet.

Aus diesen Beweisstücken zog der Sachverständige den Schluß, daß die Einschränkungen mittels Korsett, Glacéhandschuhen, Lederriemen und Kapseln von dem Oberleutnant aus automatonsexuellen Motiven an sich selbst vorgenommen wurden und daß er dabei berunglückte, indem er aus der um den Hals gelegten Schlinge sich nicht mehr zu befreien vermochte. Selbstam bleibt immerhin, daß v. Plaskow trotz der zusammengebundenen Füße und Oberextremitäten sowie der sehr umschlungenen Hände und Oberarme gleichzeitig den Kopf in eine Halsbinde stecken konnte, oder sich nicht wenigstens darüber klar war, wie leicht er bei seinem gefährlichen Experiment um Leben kommen konnte. Doch konnte nachgemessen werden, daß bei sexuellen Selbsttransaktionen die kompliziertesten Hefelstücke beobachtet worden sind. Der Selbstmord des Verstorbenen v. Plaskow spricht für eine nervöse Disposition, auf deren Grund lange sexuelle Anomalien vorkommen pflegen. Für Homosexualität liegen keine Anhaltspunkte vor. Die vorgelegten Frauenbilder scheinen vielmehr den Phantasievorstellungen zu entsprechen, die der Verstorbene sich über seine eigene Person machte und befruchtigen den automatonsexuellen Charakter der Tat.

Was von 10 Waggons Lebensmittel übrig blieb. Großes Aufsehen erregt in Potsdam die Bekanntmachung, daß von 10 Waggons Lebensmitteln, die zwei Stadtverordnete unter dem Pseudonym „Magistrat Potsdam“ auf dem Hauptbahnhof in Potsdam einlaufen ließen, was aber nur eine Scheibung nach Berlin und Hamburg betrafen sollte, jetzt pro Kopf der Bevölkerung sage und schreibe ein halbes Pfund Kaffee verteilt werden soll. Die Waggons enthielten Öl, Kakao und Schmalz. Trotzdem die Potsdamer Staatsanwaltschaft sofort die Waggons beschlagnahmt hatte, sind für die Bevölkerung eben nur 15 000 Kilogramm Kaffee und 18 Zentner Kakaos übrig geblieben. Es wird sich empfehlen, wenn die Staatsanwaltschaft sofort Aufklärung gibt.

Von einem Kraftwagen überfahren und getötet wurde in der vergangenen Nacht eine unbekannte, etwa 25 bis 30 Jahre alte Frau. Sie geriet um 11 1/2 Uhr an der Molltebrücke unter einen Kraftwagen und wurde so schwer verletzt, daß sie auf der Stelle verstarb. Die unbekannte Leiche, die nach dem Leichenkaufgebrochen wurde, ist 1,65 Meter groß, hat dunkelbraunes Haar und trug einen dunkelblauen Mantel, ein schwarzweiß kariertes Kleid, einen schwarzen Hut mit weißem Band und schwarze hohe Schnürschuhe. Ihre Unterwäsche ist E. G. gezeichnet.

Raubüberfall auf ein Dienstmädchen. Als das 24 Jahre alte Dienstmädchen Anna Basse sich gestern Mittag allein in der in der Dantziger Straße 82 belagerten Privatwohnung seines Dienstherrn befand, klingelte ein etwa 35 Jahre alter Soldat und begehrte Einlass, um die Telefonleitung zu prüfen. Das Mädchen ließ den Fremden eintreten. Dieser machte sich auch am Telefon zu schaffen und schnitt schließlich den Leitungsdraht durch. Dann ließ er plötzlich über das Mädchen her, festsetzte es an den Händen, inebelle es und warf es schließlich auf das Bett. Mit einem vorgehaltenen Revolver drohte er der Leberfallenen, daß er von der Waffe Gebrauch machen werde, wenn sie sich nicht ruhig verhalte. Das Mädchen gab auch keinen Laut von sich, dafür aber schlug ein Hund an, der sich in der Wohnung befand. Der Räuber wurde dadurch gestört, so daß er nur eine kleine Holzfasette mitnahm, in der er wohl viel Geld vermutete, die aber in Wirklichkeit nur 240 M. enthielt. Der Räuber ist unerkannt entkommen. Er ist 1,90 bis 1,92 Meter, also sehr groß, hat dunkelbraunes Haar und einen englich geschnittenen Schnurrbart und trug selbstgraue Uniform mit blauen Gabeln und ein schwarzes Koppel mit Seitengewehrklappe und Leddel und eine Mütze mit Totenkopf.

Reisen nach England sind jetzt für deutsche Staatsangehörige, verheiratete Frauen, zugelassen, falls die Reise dringend nötig ist. Als dringende Notwendigkeit gilt Ausreisepaß oder Regelung von Familienangelegenheiten. Ferner werden auch deutsche Konsulatsangehörige, die die Absicht haben, mit England Handel zu treiben. Deutsche Konsulatsangehörige nach England zu begeben wünschen, haben sich in den verbleibenden Städten bei der Polizei anzumelden. Für Deutsche, die nach Transporten nach Deutschland zurückgekehrt sind als Jüdisch- oder Ausreisepaßangehörige, wird noch nicht erlaubt, ihre Geschäfte wieder aufzunehmen.

Berlin, 10. August. Aus der Gemeindevorstellung. Durch Schreiben des Ministers des Innern war unterm 10. August der Gemeindevorstellung mitgeteilt worden, daß sie nachträglich noch für die Rheinbeziehung in den neuen Stadtkreis Groß-Berlin mit vorzusehen sei. Mit dieser Frage hatte sich die Gemeindevorstellung in ihrer Sitzung vom 25. August zu befassen. Mit allen gegen vier Stimmen bürgerlicher Vertreter wurde der Eingemeindung zugestimmt. In der anschließenden Ausschusssitzung wurde der Wunsch auf weitestgehende Selbstverwaltung zum Ausdruck gebracht und ein Antrag unserer Genossen angenommen, daß auf 15 000 Einwohner ein Stadtverordneter kommen und im § 19 des Entwurfs anhat die doppelte, die dreifache Anzahl der Stadtverordneten des Distrikts aus den Reihen der hinsichtlich der Bürger die Distriktsverfassungen bilden soll. Auch vor der Sitzung war von den Beamten und Angestellten der Gemeinde ein Antrag eingebracht, in welchem diese zur Wahrung ihrer besonderen Rechte die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Entwurfs verlangten. Die Vorstellung nahm einen Antrag an, daß bei der Eingemeindung die Rechte der Beamten und Angestellten nicht gekürzt werden sollen. Zur Verlesung der Einwohner mit Vorschlag hatte der Gemeindevorstand verhandelt, dieses von außerhalb zu bekommen. Er müßte jedoch infolge der Heberhebung bei den Wahlen davon Abstand nehmen, da sich der Selbstkostenpreis einsehr Transport für den Raummeter auf 78 M. stellen würde. Es soll nun mit dem Gewerband wegen Lieferung aus den umliegenden Gemeinden in Verbindung getreten werden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch festgestellt, daß der frühere Decernent der Brennmaterialienkommission Glöbe bisher noch nicht abgerechnet hat, auch trotz wiederholter Aufforderung zu den Sitzungen der Kommission nicht erschienen ist. Nach längerer Diskussion wurde die Angelegenheit der Kommission zur Erledigung überwiesen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Friedrichshelde. In den vier Gemeindevorstellungen ab heute auf Haushaltskarte 1 Dose sterilisiertes Milch (3 M.).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Stenographenbund „Interkommunal“. Freitag, 7 Uhr, beginnt Lange Straße 24 im Lokal in Seltzer Straße ein neuer Kursunterricht.

